

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

4 (23.1.1947)

# BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 4

Mannheim, 23. Januar 1947

Preis 10 Pfg.

## Der falsche Weg

Alle Lügen und Verleumdungen der Hitlerzeit hatten es nicht verhindern können, daß im Osten Deutschlands eine starke Arbeiterbewegung entstand, die das große Ziel aller sozialistischen Kämpfer, die Wiedervereinigung der beiden Arbeiterparteien, verwirklichte.

Eine sich anbahnende Umwandlung der sozialen Struktur zugunsten der Schaffenden war die Folge. Die Monopolherren und Kriegsverbrecher wurden ihrer Macht beraubt. Der Boden wurde den schaffenden Bauern gegeben. An den Universitäten studieren heute Arbeitersöhne und -töchter in großer Zahl. Die Justiz, dieser bisher mächtigste Pfeiler der alten Klassenherrschaft, ist durch Volksrichter weitgehend reformiert. Von allergrößter Bedeutung jedoch ist die Demokratisierung der Verwaltung. Die Säuberung der Ämter und die damit verbundene Uebernahme der behördlichen Tätigkeit durch wirkliche Demokraten, wirkliche Vertreter des Volkes, schuf die Voraussetzung zur ständigen Erweiterung und Verbesserung der demokratischen Volksrechte.

Anders bei uns im Westen. Dort, wo die Hochburgen des deutschen Imperialismus sind, an Rhein und Ruhr, zeigte die Entwicklung ebenso wie in den Brutstätten der deutschen Reaktion des Südens am ausgeprägtesten ihr fortschrittfreudiges Gesicht. Wurden in der englischen Zone Männer in verantwortliche Positionen der Verwaltung und Wirtschaft berufen, die zu den Auftraggebern oder den größten Nutznießern des Hitlerverbrechens gehören, so sind es in Bayern die monarchistischen und klerikalen Kräfte von vorgestern, die rücksichtslos zur Macht drängen.

In Bayern wurde das Ziel, die Ausschaltung der Kommunisten, zuerst erreicht. Högner lieferte seine Partei der Reaktion aus. Die neue bayerische Regierung, die noch reaktionärer als ihre Vorgängerin anzusprechen ist, stellt die faule Frucht einer verfehlten Politik dar, die Schritt um Schritt in den Sumpf führen wird, wenn die besonnenen Genossen der Sozialdemokratie hier nicht ein energisches Halt und Zurück gebieten. Nur mit Mühe war es Högner gelungen, auf der Münchner Landeskonferenz der SPD unter Vorspiegelung von Versprechungen eine Mehrheit für eine Koalition mit der CSU zu erreichen.

Groß ist die Enttäuschung und Erbitterung in den Reihen der bayerischen Sozialdemokratie. Voll Sorge sehen die Genossen, die sich den klaren Blick bewahrt haben, wohin dieser Weg führt. Ihre Hoffnungen richteten sich nun wie die aller Sozialisten und Kommunisten auf Hessen. Dort hatten die Wahlen eine klare sozialistische Mehrheit ergeben. Die Möglichkeit auch bei uns im Westen Deutschlands durch eine praktische, fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien einen ersten wirksamen Schritt in der Demokratisierung zu tun, war mit Händen zu greifen. Allerdings hätte eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Regierung ein Kampfkabinett bilden müssen. Ihre Kraft brauchte nicht nur im Parlament, sondern mußte ebenso draußen bei den Werktätigen in Stadt und Land liegen. Die Klarheit des Willens der Parteien mußte sich mit der Kraft der Massen verbinden. Daraus erwächst die für eine sozialistische Regierung mit geringer Mehrheit notwendige Stärke, — nicht allein aus den Stimmzetteln des Parlaments.

Die hessische Sozialdemokratie entschloß sich zur Koalition mit der CDU; die sozialistische Mehrheit wurde preisgegeben. Die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung hätte allerdings mit sich gebracht, daß man sich sehr rasch zu einem Bekenntnis für oder gegen die fortschrittlichen Möglichkeiten der hessischen Verfassung hätte aussprechen müssen. Das konnte die CDU nicht wollen. Somit kapitulierte die Sozialdemokratie als größte Partei Hessens vor den Machtansprüchen der CDU, die ihr zur Bewachung hinter jeden sozialdemokratischen Minister gleich einen CDU-Staatssekretär setzte.

Die hessische Regierung ist keine Regierung der Mitte. Hier herrschen die „Wirtschaftsfachleute“ der Industrie- und Handelskammern.

Eine unverkennbare, alarmierende Gleichartigkeit der Entwicklung im ganzen westlichen Deutschland. Soll das so weitergehen? Unsere sozialdemokratischen Genossen in Württemberg-Baden sollten die Ereignisse mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Die Regierungsbildung hat bei uns gezeigt, daß gewisse Kreise der CDU mit dem Gedanken einer Koalition, vielleicht zunächst einmal mit dem einer Zweiparteien-Regierung, liebäugelten. Die Folgen wären auch hier: Ausschaltung der Kommunisten und Schwächung der Kraft der Arbeiterklasse.

Dabei wird die Situation von Monat zu Monat ernster. Die Kölner Erklärung der SPD darf nicht nur leeres Wortgeklingel sein. Die Schlußfolgerungen, die daraus gezogen werden, geben ihr erst den Wert. Will man bei den führenden Genossen der Sozialdemokratie nicht sehen, was die Bombenwerfer, der Tillessen-Prozeß, die Unternehmer-Rundschreiben zum Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte, um nur einige der markantesten Anzeichen zu erwähnen, bedeuten? Was wagt der Vorsitzende des Betriebsrates der Hessischen Staatskanzlei, Fritz Bartsch, anlässlich verschiedener Gewerkschaftsresolutionen zur Regierungsbildung zu sagen: „Politik soll man ganz allein den poli-

Die taktische Hauptaufgabe sieht die Reaktion in der Spaltung der Arbeiterschaft. . . . die reaktionären Kräfte verfügen heute nicht mehr über militärische Waffen, wie nach dem ersten Weltkrieg, um so hemmungsloser wenden sie die Waffe der Verleumdung an, um die Spaltung der Arbeiterschaft zu vertiefen und den Mittelstand, die Intelligenz und die Bauernschaft von einem Zusammengehen mit der Arbeiterschaft fernzuhalten. . . .

Walter Ulbricht in der „Einheit“.

tischen Parteien überlassen. Dazu hat das Volk den Landtag gewählt. Er allein hat zu handeln. Die Einschaltung von Betriebsräten und Gewerkschaften ist zwar ein beliebtes Mittel, wird aber den Politiker nie ernsthaft beeindrucken.“

Die Zweizonenvereinigung ist ein weiteres Gefahrenzeichen für die deutsche Arbeiterklasse. Sie schafft die wirtschaftlichen und staatlichen Organe, die, fast frei von jeglicher parlamentarischer Kontrolle, es den alten Verderbern Deutschlands ermöglichen, ihre früheren Machtpositionen wieder zu beziehen. Die deutsche Reaktion bereitet sich vor auf die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe. Abwälzung der Lasten heißt ihre Parole.

Die Gefahr des Abgleitens in die alten Fehler steht riesengroß vor einem Teil der deutschen Arbeiterschaft. Sie ist dabei, an ihrer großen geschichtlichen Aufgabe, der demokratischen Erneuerung Deutschlands, vorbeizugehen. Im März beginnt in Moskau die Konferenz, die Deutschlands Schicksal auf lange Zeit entscheidet. Noch haben die demokratischen Kräfte, die Arbeiterklasse und die ihr zustrebenden neuen Kräfte, nicht jene Stellung bezogen, die sie beziehen müssen, damit die Welt die Garantien erhält, auf die sie ein Recht hat: Die Garantie einer friedlichen Entwicklung Deutschlands. Das deutsche Volk aber kann nur dann einer gesicherten Zukunft entgegengehen, wenn Deutschlands Arbeiterklasse einig ist.

Nicht die mehr oder weniger günstige parlamentarische Situation gilt es daher zu beachten. Nein, die Arbeiterklasse und mit ihr das ganze schaffende Volk gilt es zu sehen. Darum heißt das Gebot der Stunde mehr denn je: Stärkung der Kraft der Arbeiterklasse, keine Spaltung, engste Zusammenarbeit in Parlament und Betrieb. Das Ziel aber muß sein:

Die Einheit der Arbeiterklasse, die Einheit Deutschlands.



Dem Gedanken  
eines der größten Menschen!

Am 21. Januar starb

WLADIMIR ILJTSCH LENIN,

der Begründer der Sozialistischen Sowjet-Union. Lenin gehörte zu den wahrhaft Großen der Menschheit. Die wahrhaft Großen aber sind diejenigen, die dem menschlichen Fortschritt zu allen Zeiten dienen und dienen. Lenin ist der größte Mensch der vergangenen Epoche. Er war der geborene Theoretiker und Praktiker der revolutionären Arbeiterbewegung. Er war der voraussehende, kühne und entschlossene Führer der siegreichen proletarischen russischen Revolution. Er war der Begründer eines Staatswesens von neuem Typus, des Sowjet-Staates, auf einem Sechstel des Erdballes.

Als Sohn einer vom Gedanken des Fortschritts erfüllten Familie studierte Lenin schon im Alter von 18 Jahren die Werke von Marx und Engels. Er wurde wegen der Teilnahme an der revolutionären Studentenbewegung aus der Universität ausgeschlossen, bestand trotzdem nach mehrjährigem Selbststudium im Jahre 1891 sein juristisches Examen und gründete bald darauf den ersten marxistischen Zirkel in Rußland. Seine hervorragenden Fähigkeiten, die marxistischen Lehren auf die damaligen ökonomischen und politischen Verhältnisse in Rußland anzuwenden, machten ihn bald zum anerkannten Führer der Petersburger Marxisten. Im Jahre 1895 vereinigte Lenin alle marxistischen Arbeiterzirkel zu einem „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ und bereitete damit die Schaffung der revolutionären Arbeiterpartei in Rußland vor.

Nach zweijähriger Gefängnisstrafe und dreijähriger Verbannung nach Sibirien, wo er bereits größere marxistische Werke schrieb, leitete Lenin vom Ausland her den Aufbau und die Tätigkeit der Arbeiterpartei in Rußland. Er schuf die russische marxistische Zeitung „Iskra“ (Funke), er war der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei Rußlands im Jahre 1903, er schuf in harten prinzipiellen Auseinandersetzungen die zielklare, fest mit den Massen der Arbeiter und der armen Bauernschaft verbundene revolutionäre bolschewistische Partei.

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 war Lenin der erste, der das Banner des entschlossenen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg erhob, der den räuberischen Charakter des Krieges aufzeigte und die Arbeiter zur Beendigung des Krieges durch den Sturz ihrer eigenen imperialistischen Regierung aufrief.

Nach der Februar-Revolution 1917 kehrte Lenin nach Rußland zurück.

Er leitete den Kampf der bolschewistischen Partei und führte in den Oktobertagen 1917 zusammen mit Stalin die sozialistische Revolution in Rußland zum Siege.

Lenin wurde der Vorsitzende der ersten Arbeiter- und Bauernregierung in der Welt, er war der Verfasser der historischen Gesetze über Grund und Boden, die die Bauern von der Herrschaft der Gutsbesitzer befreiten, des Dekrets über den Frieden, der allen Völkern sofortigen Waffenstillstand und Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vorschlug.

In den letzten Jahren seines Lebens leistete Lenin eine gewaltige Arbeit für die Sicherung und den Aufbau des ersten sozialistischen Staates der Welt. Er führte unter den schwersten Bedingungen den Kampf für die Erhaltung der Sowjetmacht gegen die ausländischen Eindringlinge und Weißgardisten, die den russischen Arbeitern und Bauern ihre Errungenschaften zu entreißen versuchten. Auf dem Krankenbett schrieb er noch eine Reihe wichtiger Artikel, in denen er den Plan des Aufbaues des Sozialismus darlegte, der nach seinem Tode von seinem treuesten Freund und Schüler, von Stalin, verwirklicht wurde.

Lenin hat der Arbeiterklasse der ganzen Welt ein gewaltiges wissenschaftliches Werk hinterlassen, das 30 Bände und über 40 Sonderbände umfaßt. Alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und ihres Verhältnisses zu den Verbündeten in den verschiedenen geschichtlichen Situationen hat Lenin allseitig und erschöpfend untersucht und behandelt. Er hat gestützt auf die Lehre von Marx und Engels, den Marxismus entwickelt. Er hat zu dem, was Marx und Engels gegeben haben, Neues in ihrem Geiste hinzugesetzt. Und in diesem Sinne sprechen wir denn auch vom Leninismus als dem Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution.

Lenin stützte sich in seinem Kampf völlig auf die Prinzipien des Marxismus. Zugleich betonte er, daß der Marxismus kein Dogma ist, sondern eine Anleitung zum Handeln, eine Wissenschaft, die als solche studiert und angewandt werden will. Damit ist gesagt, daß die marxistische Theorie nach allen Richtungen weiterentwickelt werden muß. Man darf nicht auf den alten Lösungen der Fragen bestehen, so lehrte Lenin, wenn sich die Voraussetzungen geändert haben und neue Lösungen erfordern.

Lenin hat immer wieder unterstrichen, daß die marxistische Theorie der Arbeiterbewegung lediglich grundlegende Leitsätze gibt, die in jedem Lande ihre besondere Anwendung erfordern. Er sagte:

„Alle Völker werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich; aber sie werden dahin nicht auf ganz gleichem Wege gelangen. Jedes wird dieser oder jener Form der Demokratie, dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens seine Eigenart verleihen.“

Gerade diese Seite der Lehre Lenins hat für uns deutsche Marxisten gegenwärtig eine besondere Bedeutung, denn sie besagt, daß wir uns auf die deutschen und nur auf die deutschen Verhältnisse orientieren müssen. Für uns kann

Der an den Schlaf der Welt rührt —

## LENIN

von Johannes R. Becher

Er rührte an den Schlaf der Welt  
Mit Worten, die Blitze waren,  
Sie kamen auf Schienen und Flüssen daher  
Durch alle Länder gefahren,  
Sie hielten als rote Fahnen sich  
Bei der großen Parade,  
Sie gingen von Mund zu Mund:  
„Völker hört die Signale!“

Er rührte an den Schlaf der Welt  
Mit Worten, die wurden Gewehre,  
Wurden Belle, Geschütze,  
Barrikaden, Heere —  
Es zogen die bolschewistischen Truppen  
Von Minsk bis Samara —  
Rote Reiter, fliegende Funken —  
Metallene Sonnen versunken,  
Wetterleuchten goldene Kuppeln  
Aus der Moskwa . . . . .

Er rührte an den Schlaf der Welt  
Mit Worten, die wurden Brot,  
Mit Worten, die wurden Armeen  
Gegen die Hungersnot.  
Mit Worten, Kolonnen, die pflügten  
Rußlands Acker jahraus, jahrein.  
Mit Worten, die verfügten:  
„Diese Welt muß unser sein!“

Er rührte an den Schlaf der Welt,  
Daß in fünf Kontinenten,  
Wenn sein Wort ertönt, es wie Sturmglöcke gellt  
Und als ob es Ketten zersprengte.  
Sein Wort rührt auf,  
Aufruhr unterirdische Glut,  
Aller Arbeiter und Bauern  
Fleisch und Blut . . . . .

Er rührte an den Schlaf der Welt  
Mit Worten, die wurden Maschinen,  
Wurden Traktoren, Häuser  
Bohrtürme und Minen —  
Wurden Elektrizität,  
Hämmern in den Betrieben,  
Stehen, unauslöschbare Schrift,  
In allen Herzen geschrieben . . . . .

Er rührte an den Schlaf der Welt,  
Weh euch, ihr Schläfer, ihr Satten!  
Lenins Worte peitschten wie Springflut heran,  
Reißen die Massen aus ihrem Ermatten.  
Er rührt, er rührt an den Schlaf der Welt  
Mit Fäusten, mit Fäusten Millionen,  
Mit Versammlungen, Streik,  
Mit Demonstrationen — — —

Wir rühren an den Schlaf der Welt  
Mit Worten, in Zuchthäusern begraben,  
Mit Worten, die erschossen sind,  
Die Hirne und Herzen haben —  
Wir rühren, rütteln am Schlaf der Welt  
Solang, bis die Welt erwacht ist,  
Denn unser Wort ist Tat, und wir ruhen nicht,  
Bis das Werk, bis das Werk vollbracht ist.

die Orientierung weder Süd noch Nord, weder Ost noch West heißen, sondern unsere Orientierung heißt Deutschland.

Die Lehren Lenins sind eine unversiegbare Quelle, aus der wir reiche Erkenntnisse schöpfen können, wenn wir, ausgehend von den Besonderheiten der Entwicklung unseres Volkes und in unserer Politik und Taktik selbständig und unabhängig, in Übereinstimmung mit den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziell-

len Bedingungen in Deutschland unseren eigenen Weg, den spezifisch deutschen Weg einschlagen.

Lenins Werke geben uns für die Arbeit unter den besonderen Bedingungen in unserem heutigen Deutschland viele Ratschläge und Hinweise. Lenin lehrte uns, daß die demokratische Erneuerung, obgleich sie nicht die kapitalistischen Verhältnisse aufhebt, einen unschätzbaren historischen Fortschritt gegenüber allen reaktionären und autokratischen Regierungsformen bedeutet.

Lenin zeigte, daß in unserem Zeitalter die Sache der Demokratie vorwiegend die Angelegenheit des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten ist und die Arbeiterklasse der Hauptträger dieser Bewegung sein muß. Er sagt, daß „nur das Proletariat allein der Vorkämpfer für die politische Freiheit und die demokratischen Institutionen sein kann“, und daß „das Proletariat allein fähig ist, zuverlässig bis zu Ende zu gehen“.

Lenin lehrte uns, daß der allgemein-demokratische Kampf von grundlegender Bedeutung für die Arbeiterklasse und ihre Partei ist, weil dieser Kampf eine Schule für den Kampf um den Sozialismus darstellt, und die endgültige Befreiung der Werktätigen erleichtert. Die Vervollendung der Demokratisierung führt unmittelbar an den Kampf um den Sozialismus heran.

Lenin lehrte gegenüber allen Sektierern, allen verantwortungslosen Rhetorikern und allen Heiden leerer Worte, daß man die Etappe des demokratischen Kampfes nicht überspringen kann und daß man den Kampf um die demokratische Republik nicht mit dem Kampf um den Sozialismus verwechseln darf. Wird das Ziel von morgen mit dem Ziel von heute verwechselt, so bleiben die dringlichsten Aufgaben ungelöst, und die geschichtlichen Unterlassungen der Gegenwart gefährden die Erfüllung der sozialistischen Zukunft.

Lenin lehrt uns, daß die Kommunisten verpflichtet sind, „vor dem ganzen Volke die allgemein-demokratischen Aufgaben auseinanderzusetzen, ohne auch nur einen Augenblick unsere sozialistische Ueberzeugung zu verbergen“. Wir deutschen Kommunisten wollen heute die demokratische Umgestaltung Deutschlands erkämpfen. Unser Endziel aber ist der Sozialismus, für das gegenwärtig in Deutschland die Voraussetzungen nicht gegeben sind, obwohl wir diesem Ziel unverbrüchliche Treue halten und es nie aus den Augen verlieren werden.

Vor Lenin, diesem großen Menschen, dem genialsten Erneuerer unseres Jahrhunderts, dem Philosophen und Staatsmann, vorbeugen auch wir Deutsche uns. Es gibt kein Gebiet des Wissens und der Praxis, das mit den Interessen der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes verknüpft ist, das Lenin nicht mit großartigen Ideen bereichert hätte. Es gibt kein einzelnes mehr oder minder großes Ereignis im Leben der Völker und auch des deutschen Volkes zu Lebzeiten Lenins, das nicht eine geniale Beleuchtung in seinen Werken gefunden hätte. Seine Name wird die Jahrhunderte überdauern. Der große Freiheitsdichter Frankreichs, Henri Barbusse, hat die Persönlichkeit und das Werk Lenins treffend umfaßt mit den Worten:

„Lenin war der größte und in jeder Beziehung reichste Schöpfer der Geschichte; jener Mensch, der mehr als irgend jemand für die Menschheit getan hat!“

### Aus aller Welt

New York. Wallace gründete eine neue Aktionsgruppe, „Die fortschrittlichen Bürger Amerikas“.

300 Delegierte aus 21 Staaten, die 10 verschiedene politische Verbände vertreten, stimmten für die Bildung der neuen Organisation. Dieser Organisation gehören u. a. an: Der ehemalige Leiter der UNRRA Fiorello Laguardia, der Präsident der CIO Philipp Murray, der Sänger Paul Robeson und andere.

Washington. In General Marshalls Bericht über das Scheitern der Vermittlung in China heißt es, daß augenscheinlich unversöhnliche Gruppen in der Kuomintang, der Partei Tschiangkaischeks, nur an die Erhaltung ihrer eigenen feudalen Kontrolle dächten und keine Befriedigung wollten. Marshall bedauerte auch den starken Einfluß der Militärs in der chinesischen Regierung. Er stellte fest, daß die Kommunisten in China sich auf Millionen von Menschen stützen und eine Armee von über einer Million besitzen.

Tokio. Die Kommunistische Partei Japans hält gegenwärtig ihren ersten Nationalkongreß ab.

New York. Vierzig führende Persönlichkeiten des amerikanischen Geisteslebens, darunter der bekannte Physiker Professor Einstein, protestierten in einer Erklärung an die Regierung gegen die Verwendung deutscher Wissenschaftler für militärische und industrielle Forschungsarbeiten und gegen die

geplante Zuwanderung von weiteren tausend deutschen Spezialisten.

Ottawa: Auf Grund eines vom kanadischen Parlament im vergangenen Juli verabschiedeten Gesetzes sind die Kanadier ab 1. Januar 1947 keine britischen Untertanen mehr, sondern kanadische Staatsbürger.

### Deutschlandrundschau

Urteil gegen Antifaschisten

München. Die Berufungskammer hat den KPD-Funktionär Dr. Kroth, der auf Betreiben der KPD in die NSDAP eingetreten war und dort eng mit Antifaschisten zusammengearbeitet hatte, in die Gruppe der Mittläufer eingereiht. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Beisitzer haben aus Protest ihre Ämter zur Verfügung gestellt.

Wiesbaden. Ein ausgedehnter Schwarzmarkt, dem auch drei Prinzessinnen der Hohenzollern-Familie angehörten, wurde kürzlich von Untersuchungsbeamten der Militärregierung aufgedeckt.

### Denkt daran!

Bei den bevorstehenden Delegiertenwahlen in den Gewerkschaften und den Wahlen zu den Betriebsräten müssen auch Frauen und Jugendliche als Kandidaten aufgestellt und gewählt werden!

Dinkelsbühl: Ein unglaubliches Urteil. Die Berufungskammer sprach nach einem Artikel des „Westdeutschen Volksechos“ einen Betriebsingenieur, der wegen Mißhandlung von KZ-Häftlingen von der Spruchkammer Dinkelsbühl zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt worden war, frei, weil — Mißhandlungen von KZ-Häftlingen keine Gewaltmaßnahmen im Sinne des Gesetzes gegen die Menschheit seien.

Frankfurt: Hoher Schweinebestand in der US-Zone. Der Schweinebestand in der amerikanischen Besatzungszone liegt um 16 Prozent höher als im Jahre 1945 und ist nach Feststellungen des Wochenberichtes der amerikanischen Militärregierung im Vergleich zur verfügbaren Futtermenge unverhältnismäßig hoch.

Nürnberg: Nach der „Main-Post“ wurden in Bayern in den letzten Monaten 33 Landräte wegen Fragebogenfälschung oder anderen Vergehen ihres Dienstes entlassen oder gar verhaftet. Fast alle gehören der CDU an.

Stuttgart: Gegen Berufseinschränkungen für verheiratete Aerztinnen wendet sich in einer Entschließung, die dem Landtag vorgelegt werden soll, der Aerztinnenbund von Nord-Württemberg-Baden. Die Berufseinschränkung verheirateter Aerztinnen stehe, wie es in der Entschließung heißt, im Widerspruch zur Verfassung, die gleiches Recht für Mann und Frau in der Ausübung des Berufes vorsehe.

# Das deutsche Volk und die Moskauer Konferenz

Am 10. März beginnt die Außenministerkonferenz in Moskau. Auf dieser Konferenz wird der „Alliierte Kontrollrat“ für Deutschland zum ersten Punkt der Tagesordnung einen Bericht über das bisher Erreichte auf dem Gebiete der Entmilitarisierung, der Denazifizierung und der Demokratisierung Deutschlands vorlegen. Punkt 3 der Tagesordnung in Moskau, „Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland“, wird von entscheidender Bedeutung für das weitere Schicksal unseres deutschen Volkes sein.

Leider ist nicht zu erwarten, daß der Bericht des Alliierten Kontrollrats günstig ausfallen wird. Mit Ausnahme der Ostzone ist die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands noch im Anfangsstadium. Die Bodenreform ist nicht durchgeführt. Das Monopolkapital ist nicht zerschlagen, die Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen sind nicht bestraft und nicht enteignet. Reaktionäre Elemente haben die Verwirklichung dieser notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschlands bisher erfolgreich verhindert. Dank der Tatsache, daß es bisher nicht gelungen ist, die Einheit der Arbeiterklasse im Westen zu schaffen, hatten die Reaktionäre leichtes Spiel.

Das deutsche Volk blickt mit banger Sorge auf die Moskauer Konferenz. Aber es liegt am deutschen Volke selbst, durch entschiedenen Kampf gegen die nazistischen Ueberreste, gegen Militaristen und reaktionäre Elemente, der Welt zu zeigen, daß es mit der Vergangenheit gebrochen hat. Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei, hat sich zum Sprecher des ganzen Volkes gemacht, wenn er sagt:

„Ich erwarte von der Moskauer Konferenz erträgliche Friedensbedingungen, die die Einheit Deutschlands und den wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes ermöglichen. Dabei setze ich voraus, daß von den antifaschistisch-demokratischen Parteien alles getan wird,

die Naziverbrecher und Kriegstreiber unschädlich zu machen, damit die Nachbarvölker nicht mehr in Sorge wegen eines neuen deutschen Angriffes zu sein brauchen. Auch die Entfaltung der demokratischen Selbstverwaltung ist unbedingt erforderlich. Zur Vertretung des deutschen Volkes auf der Moskauer Konferenz wünsche ich, daß sich die Parteien und die Gewerkschaften ganz Deutschlands in einer gemeinsamen Beratung darüber verständigen, wie sie die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen gedenken, wenn sie zur Moskauer Konferenz gerufen werden.“

## Kommunisten gegen Abtrennung des Saargebietes!

Die Landesleitungen der Kommunistischen Partei in der amerikanischen Zone, Bayern, Hessen und Württemberg-Baden, haben auf ihrer Beratung am 11. Januar 1947 zur Saarfrage Stellung genommen. Sie beschlossen folgende

### Erklärung:

Mit Ueberraschung und Bedauern hat die Kommunistische Partei und die werktätige Bevölkerung der USA-Zone Kenntnis davon genommen, daß die französische Regierung dazu überging, entscheidende Vorbereitungen zur Abtrennung des Saargebietes von Deutschland durchzuführen.

Die Vertreter der Kommunistischen Partei in den drei Ländern der USA-Zone appellieren an die bevorstehende Konferenz der Außenminister in Moskau, die im Potsdamer Abkommen vorgenommene provisorische Grenzziehung im Interesse der Existenzfähigkeit Deutschlands einer nochmaligen Überprüfung zu unterziehen; auf keinen Fall jedoch neue Veränderungen zuungunsten Deutschlands vorzunehmen.

Die Kommunisten verurteilen schärfstens die Haltung jener deutschen Kreise im Saargebiet, die seit Monaten die offenen Träger des Separatismus geworden sind und wenden sich gegen alle, die in irgendeinem Teil Deutschlands derartige Vorbereitungen unterstützen. Sie unterstützen die mutige Haltung der Kommunistischen Partei an der Saar, die sich dort als einzige politische Partei für die Einheit Deutschlands einsetzt.

## Internationale „Hilfe“ für die deutschen Gewerkschaften?

Die konservative amerikanische Gewerkschaft AFL (American Federation of Labour), welche im Gegensatz zu der fortschrittlichen Gewerkschaftsorganisation CIO (Congress of Industrial Organizations, von dem Bergarbeiterführer Lewis gegründet), dem Weltgewerkschaftsbund nicht angehört, protestierte gegen die Verhandlungen, welche in Berlin über die Zulassung der deutschen Gewerkschaften zum Weltgewerkschaftsbund geführt werden.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden haben bereits das USA-Außenministerium davon in Kenntnis gesetzt, daß den deutschen Gewerkschaften keine Genehmigung zum Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund erteilt werden sei, noch gewährt werden würde. Das Eingreifen der AFL in die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat also schon einen Erfolg gezeitigt der bestimmt nicht zum Nutzen und zum Wohle der Freien Deutschen Gewerkschaften ist.

Die überparteiliche „Berliner Zeitung“ schreibt zu diesen beiden Meldungen:

„Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß zwischen dieser Nachricht und der Meldung, wonach die American Federation of Labour bei Außenminister Byrnes gegen Verhandlungen über die Zulassung der deutschen Gewerkschaften zum Weltgewerkschaftsbund protestierte, ein Zusammenhang besteht. Auch die Tatsache, daß sich führende Sozialdemokraten und CDU-Leute in Berlin an die militärischen Besatzungsbehörden wandten mit dem Ersuchen, in das innere Gewerkschaftsleben einzugreifen, womit das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften aufgehoben würde, dürfte damit in Verbindung stehen. Die Gewerkschaften sind die größte demokratische Massenorganisation und als solche eines der wirksamsten Instrumente zur Demokratisierung Deutschlands. Von seiten des Weltgewerkschaftsbundes wurde ihre Aufnahme in Erwägung gezogen. Einer Organisation, die — wie die AFL — wegen ihres spalterischen Charakters als einziger großer Gewerkschaftsverband dem Weltgewerkschaftsbund ferngeblieben ist, sollte es am allerwenigsten zustehen, über die Aufnahme der deutschen Gewerkschaften mitzuentcheiden.“

Wie sich die konservative AFL die Pflege der internationalen Beziehungen und die Förderung und Unterstützung der Deutschen Gewerkschaften im Besonderen vorstellt, geht aus einer Meldung hervor, wonach die AFL neben einem europäischen Büro in Paris auch in Stuttgart ein Büro für die amerikanisch besetzte Zone Deutschlands unter Leitung von Henry Rutz eröffnen will. Besondere Wirkung verspricht sich die AFL von der in Aussicht genommenen Versendung von Lebensmittelpaketen zur besseren Ernährung der deutschen Gewerkschaftsfunktionäre! — — Nachtigall, ich hör Dir tapsen!

## Die zukünftige staatliche Gestaltung Deutschlands

steht auf der Tagesordnung der Moskauer Konferenz.

### Der Friedensvertrag

kann nur abgeschlossen werden, wenn eine vom gesamten deutschen Volke gewählte Regierung und ein Parlament vorhanden ist. Um diese Körperschaften zu errichten, ist eine Verfassung notwendig. Der

### Entwurf einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik,

ausgearbeitet von der SED, wird der gesamten deutschen Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet. Er ist bei sämtlichen Leitungen der KPD zu beziehen.

## 150 000 to Kohle verschwinden monatlich!

Trotzdem die tägliche Kohlenproduktion von 130 000 auf über 200 000 Tonnen gestiegen ist, friert die deutsche Bevölkerung weiter. Einen interessanten Beitrag zur Klärung der Frage, warum wir frieren müssen, gab der Vorsitzende des Verwaltungsamts für die Vereinigten Besatzungszonen, Dr. Rudolf Müller, auf einer Pressekonferenz, in der er der Öffentlichkeit die überraschende Erklärung abgab, daß monatlich zirka 150 000 Tonnen Kohle

## Hilfe für die Körperbehinderten

### Erstes Gesetz vom Landtag verabschiedet

Der zweite Weltkrieg hat unserm Volk neben den Zerstörungen an Hab und Gut auch schwere körperliche Wunden geschlagen. Riesenhaft gewachsen ist die Zahl derer, die das härteste Schicksal trifft, verstümmelt zu sein für das ganze Leben. Bis heute mußten diese Opfer einer imperialistischen Raubpolitik von der öffentlichen Fürsorge unterhalten werden. Damit ist über ihre wirtschaftliche Lage genug gesagt.

Das am 15. 1. 1947 verabschiedete Gesetz über Leistungen an Körperbehinderte, dem auch die Kommunisten zustimmen, entspricht aber auf die Dauer keinesfalls den Erfordernissen einer Sozialgesetzgebung, wie wir Kommunisten sie uns vorstellen. Es weist große Mängel auf, die zu beseitigen unser Bemühen bleiben wird. Arbeitsminister Kohl ersuchte daher den Landtag, die Militärregierung zu bitten, eine Herabsetzung der Erwerbsbe-

## Gedenktage der Woche

- 21. 1. 1924 Lenin in Gorki bei Moskau gestorben.
- 22. 1. 1905 Blutsontag in Petersburg. Zar läßt auf Arbeiter, ihre Frauen u. Kinder schießen.
- 1788 Lord Byron, engl. Dichter, geboren.
- 1729 Gotthold Ephraim Lessing geboren.
- 1536 Johann v. Leyden, Knipperdolling und Krechting, Führer der religiös-kommunistischen Wiedertäufersekte hingerichtet.
- 23. 1. 1945 Th. Haubach, E. Plank, Nik. Groß u. a. Teilnehmer an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 hingerichtet.
- 25. 1. 1942 Aufruf von 60 Schriftstellern, Politikern und Gewerkschaftsfunktionären gegen Hitlers Grausamkeiten.
- 1919 Beerdigung Liebknechts und 31 revolutionärer Opfer in Friedrichsfelde bei Berlin.
- 1871 W. Weitling, utop. Komm., gestorben.
- 27. 1. 1922 Luise Zietz, Vorkämpferin der soz. Frauenbewegung, gestorben.
- 1901 Verdi gestorben.
- 1814 Johann Gottlieb Fichte, Philosoph, gestorben.
- 1756 Mozart gestorben.
- 28. 1. 1919 Franz Mehring in Berlin - Grunewald gestorben.
- 1866 Romain Rolland, franz. Schriftsteller, geboren.
- 1860 Tschchow, russischer Dichter, geboren.

verschwinden, bevor sie überhaupt zur Erfassung gelangen. Weitere peinliche Feststellungen ergaben sich aus der Tatsache, daß in einem offiziellen Schriftstück die Vorratsentnahme von August bis September 1946 mit 500 000 Tonnen angegeben wurde, während das Referat Dr. Müllers ergab, daß Anfang 1946 ein Vorrat von 5 Millionen Tonnen übernommen wurde, von dem jetzt überhaupt nichts mehr vorhanden sei.

Dr. Müller mußte, wie neuerdings bekannt wurde, nunmehr zurücktreten und soll durch Dr. Viktor Agartz ersetzt werden.

## Gegen den Ausverkauf Deutschlands

Hermann Matern, der Vorsitzende der SED Groß-Berlin, sprach auf einer Funktionärskonferenz über die Hoffnungen, die das deutsche Volk an die Moskauer Konferenz knüpft. „Wir hoffen auf Klarheit über unsere Wiedergutmachungsverpflichtungen, über die Grenzen, aber auch darüber, was uns verbleibt. Es ist notwendig, daß wir mehr als bisher und besser als bisher in die Lage versetzt werden, unserem Volk zu helfen. Und eines ist von entscheidender Bedeutung: Die Verhinderung des Ausverkaufs Deutschlands.“

Das ununterbrochene Einströmen internationalen Kapitals in die deutschen Monopol- und Konzernunternehmen soll das deutsche Monopolkapital retten. Die internationalen Monopolkapitalisten wollen auf diesem Wege verhindern, daß das deutsche Volk die Großunternehmen und die Bodenschätze in die eigenen Hände nimmt, um sie für die Entwicklung des Volkes auszunutzen. Wir erleben die unsichtbare Kolonisierung Deutschlands; denn der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft, das Aufkaufen der Aktienpakete durch das internationale Finanzkapital bedeutet nichts anderes als die Versklavung der deutschen Arbeiterklasse.

Wir aber wollen, daß die Bodenschätze, daß die Großindustrie, daß die Kommandohöhen der Finanzen und der Wirtschaft in die Hände des Volkes übergehen!“

## Karl Liebknecht Rosa Luxemburg

### GEDÄCHTNISFEIER

am Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr, im Rosengarten — Wandelhalle.

Mitwirkende: Nationaltheaterorchester - Badischer Sängerbund - R. Kleinert Ansprache Paul Schreck.

Eintritt 1,— RM Saal gehehzt

## Sabotage gegen Bodenreform

Mehr als ein Jahr wurde in der US. Zone die Schaffung eines Gesetzes zur Bodenreform hinausgezögert. Nach vielem Hin und Her und nach dem wiederholten Eingreifen der Militärregierung war endlich der Gesetzentwurf des Länderrates zur Beschaffung von Siedlungsland zustande gekommen. Nachdem die Militärregierung auch in diesem Entwurf noch neue Bestimmungen hinein arbeiten ließ, die viel weitgehender waren als die Bestimmungen des deutschen Entwurfes, sollte man nun denken, daß es jetzt endlich in unserer Zone zu so etwas ähnlichem wie eine Bodenreform kommen würde.

Aber weit gefehlt. Auch die Verwirklichung dieses vollkommen ungenügenden Gesetzes wird nach allen Regeln der Kunst sabotiert. Wie ungenügend das Gesetz ist, geht aus folgenden Zahlen hervor: In der Amerikanischen Zone befinden sich mehr als eine Million ha Land im Besitz der Groß-Agrarier, aber nur 290 000 ha Land sollen auf Grund des vorliegenden Entwurfes zur Versiedelung kommen. Davon entfallen 44 000 ha auf ehemaligen Wehrmachtbesitz, 10 000 ha Grundeigentum der NSDAP, 12 000 ha geeignetes Sumpf- und Waldland, 140 000 ha Staats- und Gemeindeländer, 30 000 ha aus Kirchenbesitz, sowie sage und schreibe 54 000 ha aus Privat-, Familien- und Treuhandbesitz, aus reinem Privatbesitz nur 20 000 ha.

Wenn die Landarbeiter und Flüchtlinge nun glauben, daß sie auf Grund des Siedlungsgesetzes nun endlich zu einer eigenen Existenz kommen werden, so haben sie sich schwer getäuscht. Als Ersatz für eine Bodenreform hat der Länderrat nunmehr ein Programm für eine „Gartenlandaktion“ vorgelegt, nach der im Frühjahr 200 000 bis 250 000 Neubürgerfamilien Gartenland als Pacht erhalten sollen. Es handelt sich um Land, das die Bauern an Neubürger abgeben sollen. Die mittleren und kleinen Bauern, die am meisten von dieser Maßnahme betroffen werden, sollen später aus benachbartem Großgrundbesitz entschädigt werden. Es kommt also letzten Endes so, daß Kleinbauern teilweise enteignet werden und der Großgrundbesitz frei ausgeht.

Der Badisch-Württembergische Landtag wird sich noch mit diesen Fragen zu befassen haben. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß eine wirkliche Bodenreform durchgeführt wird. Eine solche muß auf folgenden Gesichtspunkten aufgebaut sein: 1. Enteignung der Gutsbesitzer über 100 ha und Übergabe des Landes an Landarbeiter, landarme Bauern und Flüchtlinge zu erschwinglichen Preisen. Insbesondere muß auch der Großgrundbesitz, der bereits in Kleinparzellen aufgeteilt und an Kleinbauern verpachtet ist, diesen Pächtern als Eigentum gegeben werden. 2. Enteignung des Grundbesitzes der Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten. 3. Das Land der Bauern darf nicht angetastet werden.

## Arbeitsminister Kom. gegen Reaktion

„Pressemeldungen zufolge haben im britischen Sektor die dort genehmigten Unternehmerverbände bereits ihr Programm veröffentlicht, das in seiner gesamten Grundtendenz von ihrer reaktionären Einstellung vor 1933 nicht im mindesten abweicht. Sie allein wollen die Herrschaft im Betrieb haben und der Kampf gegen die Betriebsräte nimmt bereits Formen an, die zu ernststen Bedenken Anlaß geben. Wir haben nicht die Absicht, diese Tendenzen stillschweigend zu dulden, sondern

### Warum ist ein Kommunist in der Regierung?

Arbeitsminister **Rudolf Kohl** spricht in Karlsruhe: am 4. Februar 1947, 20 Uhr, in der Konzerthalle  
in Mannheim: am 11. Februar 1947, 18 Uhr, in der Wandelhalle des Rosengartens  
in Bruchsal: am 18. Februar 1947, 20 Uhr, in der Turnhalle  
in Heidelberg: am 25. Februar. Zeit u. Ort wird durch Plakate bekanntgegeben.

wir werden mit aller Konsequenz uns für die Wahrung der Rechte der Betriebsräte einsetzen und die Zukunft wird es zeigen, ob jene Kreise, die allzu laut von Demokratie schreien, auch wirklich gewillt sind, diesen grundsätzlichen demokratischen Forderungen Rechnung zu tragen. Wir teilen deshalb die Auffassung der amerikanischen Militärregierung, daß in der amerikanischen Zone die Erstellung von Arbeitgeberverbänden nicht mehr Platz greifen darf, da die Rolle derselben in den vergangenen Jahren uns in das unheilvolle Jahr 1933 hineingeführt hat.“  
Arbeitsminister Kohl im Rundfunk.

## Ist das der Zweck der Eilverfahren?

Mit berechtigter Empörung wird immer wieder die Frage aufgeworfen, warum geschieht so wenig gegen die wirklich Belasteten? Wer waren denn die Förderer und Nutznießer des Dritten Reiches? Ist einem der Kriegsgewinnler bis jetzt ein Haar gekrümmt worden? Wie steht es mit den Gutsbesitzern? Warum dauert das „Eilverfahren“ Monate über Monate? Wie steht es mit der politischen Säuberung bei der Justiz? Wurde nicht gerade bei der Justiz von oben herunter (siehe Fall Tillessen) von vornherein Sabotage geübt? Politisch belastete Richter oder Staatsanwälte wurden an andere Orte versetzt, wo ihre politische Vergangenheit nicht so bekannt war. Ehemalige Kriegsgeschworene, die die armen Landser wegen ihrer „geringen Vaterlandsliebe“ oder wegen sonstigen Bagatelldelikten zu den drakonischsten Strafen verknurrten, regen sich heute auf, wenn von Demokratie die Rede ist. Wenn der Aufbau unserer Justiz auch weiterhin sich so vollzieht, wie bisher, dann werden wir es eines Tages erleben, daß reaktionäre Richter und volksfremde Staatsanwälte ihre demokratische Scheinhülle abwerfen und beweisen werden, daß die Paragraphen des Straf- und Zivilrechts von ihnen noch ganz anders gedeutet werden können, wie dies im Tillessen-Prozeß in ähnlicher Weise so schlaglichtartig in Erscheinung getreten ist.

Wenn wir heute einen Blick auf die Tätigkeit der Spruchkammern werfen, so muß festgestellt werden, daß seit der Errichtung dieser Institutionen fast ausschließlich nur die sog. „Eilverfahren“ in Bearbeitung sind. Um welche Personen dreht es sich nun hier? Die große Zahl setzt sich in der Hauptsache zusammen aus Handwerkern, Geschäftsleuten und sonstigen „Kleinen“, die seit dem Erlaß der diesbezüglichen Gesetze ihre Werkstatt oder ihren sonstigen Betrieb geschlossen oder unter Treuhand haben und nun sehnsüchtig darauf warten, endlich einmal wieder in den Wirtschaftsprozess eingeschaltet zu werden. Wenn man nun aber glaubt, daß dieses „Eilverfahren“ in kurzen Wochen seine Erledigung findet, so ist man ganz gewaltig auf dem Holzwege. Wir haben selbst an einigen wahllos herausgegriffenen Fällen feststellen müssen, daß diese „Eilverfahren“ nun Monate über Monate laufen und immer noch nicht erledigt sind, ja, in einem Falle sogar braucht der betreffende Kammervorsitzende zum Diktat seines Sühnebescheides mehrere Wochen. Er ist heute noch nicht fertig!!! Verständ-

lich wird dies, wenn man in Betracht zieht, daß dieser Kammervorsitzende außerdem noch andere Ämter hat und somit seine Tätigkeit als Spruchkammervorsitzender anscheinend nur als lästiges Nebenhängsel versieht. Und ein solcher Mann bewältigt dann Eilverfahren. Wie lange dauern nun eigentlich die gewöhnlichen Verfahren? Der arme kleine Sterbliche dürfte also kaum vor Jahren mit seinem Entnazifizierungsbescheid zu rechnen haben.

In diesem Zusammenhang verlohnt auch eine kurze Betrachtung der „Nicht“parteiengenossen. Ein Großteil von ihnen hat unter oft größten Schwierigkeiten sich dem Druck charakterfest widersetzt und unter Hinnahme verschiedener Nachteile, zumindest aber unter Verzicht auf Konjunkturvorteile, den Eintritt in die Partei vermieden. Doch verlangt die Objektivität den Hinweis, daß sich auch unter den Nichtparteiangehörigen nicht wenige Nazis befinden. Es sind dies vor allem „kleine Leute“, welche nie-

### 50 neue Mitglieder

hat die Betriebsgruppe Daimler-Benz in der Woche vom 16.—21. Dezember für die Partei geworben.

Wo bleiben die anderen Betriebs- und Ortsgruppen?

mand nötigte, der Partei beizutreten, die aber nicht selten als „schlichte SA-Männer“ und dergleichen ausgesprochene Nazigesinnung bewiesen, schäbige Denunzianten abgaben usw. Meist gehobeneren Schichten gehörte hingegen der ganz Schlaue an, der sich zwar sehr „loyal“ und „aktiv“ gab, aber aus Raffinesse nirgends beitrug oder z. B. jener wackere ehemalige „Freimaurer“, dem es trotz verzweifelter Bemühungen und Anbiederungsversuche zu seinem ehrlichen Kummer nicht gelang, Parteiengenosse zu werden, was ihn aber gegebenenfalls nicht hinderte, seinen jüdischen Geschäftspartner an die Wand zu spielen.

Schließlich sei noch auf die „falschen Märtyrer“ hingewiesen, solche, die oben an der Futterrippe zu sitzen verstanden, nun wiederum obensitzen wollen und mit angeblich erduldeten Benachteiligungen, Verfolgungen, Verboten öffentlich hausieren gehen, vermutlich nach dem Grundsatz, daß die beste Verteidigung der Angriff sei.

Gerade die letzte Kategorie ist die, die heute wieder in Staat und Wirtschaft in leitenden Positionen sitzt, ohne von einer Spruchkammer erfaßt werden zu können, während gerade sie genau so scharf zu beurteilen sind, wie die schwerbelasteten offiziellen Pgs., die es meisterlich verstehen, bei den Spruchkammern einen solchen Entlastungsapparat aufzubieten, der sie wenn nicht ganz als Entlastete, so doch höchstens als Mitläufer herauskommen läßt.

Ist das der Zweck der Säuberung? Ist die im Laufe der Monate eingerissene Schwerfälligkeit der Spruchkammerverfahren wirklich im Sinne eines gesunden Wiederaufbaues und einer politischen Bereinigung?

Die Säuberung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens vom Geist und Einfluß der Naziideologie ist eine politische Notwendigkeit. Wir warten schon lange und mit berechtigter Ungeduld auf durchgreifende Maßnahmen gegen jene großen materiellen Nutznießer in Wirtschaft und Verwaltung, die in den zurückliegenden Jahren nicht laut genug ihre nationalsozialistische Gesinnung betätigen konnten. Diese politische Säuberung ist die einzige Voraussetzung, die Grundlagen zu schaffen für eine soziale und politische Ordnung, die die Gewähr dafür bietet, daß das hinter uns Liegende in Deutschland sich nicht wiederhole. Und diese Gewähr zu schaffen, dafür sind die Spruchkammern gegründet worden. Wenn aber diese Kammern allein schon für „Eilverfahren“ fast ein Jahr brauchen, so ist nicht voraussehen, wann endlich einmal der seelische Druck von Tausenden und aber Tausenden Kleinen genommen wird. Wohl sollen die kleinen Pgs. möglichst im öffentlichen Leben aus leitenden Stellungen ausgeschaltet werden, aber man darf sie nicht durch schwerfällige bürokratische Methoden um Arbeit und Brot bringen. Wir haben keine Ursache, sie und ihre Kinder in eine unheilvolle Opposition gegen den neuen demokratischen Staat hineinzuführen.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10 Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 50 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 19. 4. 46.

„Also muß die Verbindung von Wissenschaft und praktischer Tätigkeit, die Verbindung von Theorie und Praxis, ihre Einheit zum Leitstern der Partei des Proletariats werden.“ Stalin.

Das unterscheidet uns grundsätzlich von allen anderen Parteien, daß die Theorie die Grundlage unserer gesamten Politik bildet. — Wir lassen uns in unserer Tagespolitik nicht prinzipienlos von wechselnden Zwecken leiten, sondern unsere politischen Entscheidungen und Handlungen werden von der wissenschaftlichen Erkenntnis bestimmt, die uns der Marxismus als das geistige Rüstzeug für unseren politischen Kampf vermittelt.

### Der politische Schulungsabend

gibt uns das Rüstzeug für unseren Tageskampf. Er soll von allen Mitgliedern besucht werden, denn hier werden sie über unsere großen Ziele und Aufgaben unterrichtet. — Die nächsten Themen lauten:

**Lenin über den demokratischen Kampf der Arbeiterklasse**  
(Zum 23. Todestag Lenins)

**Der Spartakusbund und die Gründung der KPD (29 Jahre KPD)**  
(Zur Erinnerung an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht)

Schulungshefte zur Durchführung des allgemeinen Schulungsabends sind den Kreisleitungen bereits zugegangen. Die Referenten werden zweckmäßigerweise zuvor kreisweise bzw. arbeitsgebietsweise zusammengefaßt, um mit ihnen das jeweilige Thema durchzugehen.

**Wissen ist Macht! Besucht alle den allgemeinen politischen Schulungsabend der KPD!**